



ASIEN/PAKISTAN - Kirchenvertreter und Zivilgesellschaft fordert Revision des Blasphemieparagrafen

Lahore (Fidesdienst) – Auf die dringende Notwendigkeit einer Reform des Blasphemieparagrafen, dessen Bestimmungen und der darin vorgesehenen Prozeduren fordern Vertreter der in Pakistan tätigen katholischen Orden und Kongregationen in einem von der „Justitia-et-Pax“-Kommission veröffentlichten Appell. Dem Appell schließen sich auch zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft an, darunter die „Organization for Development and Peace“, „Human Rights Commission Pakistan“, „Awaz Foundation“, „Strengthening Participatory Organization Pakistan“.

In ihrem Appell erinnern die Unterzeichner an den jüngsten Überfall auf die mehrheitlich von Christen bewohnte „Joseph Colony“ in Lahore und das „Scheitern der Regierung, die sich nicht um den Schutz von Minderheiten bemüht“. In diesem Zusammenhang werden „umgehende Schritte zum Schutz religiöser Minderheiten“ gefordert. Außerdem sollen die verwüsteten Wohnungen wieder aufgebaut werden. Eine notwendige Voraussetzung dafür sei die Revision des Blasphemieparagrafen und der darin enthaltenen Bestimmungen und vorgesehenen Prozeduren, damit „religiösem Extremismus vorgebeugt werden kann“.

Unterdessen wurden weitere Initiativen der Solidarität auf den Weg gebracht: der Minister für religiöse Angelegenheiten der Provinz Punjab kündigte für den 15. März einen „Tag der Toleranz“ an, bei dem das Land die eigenen Verbundenheit mit den Christen unter Beweis stellen soll. Die Idee für die Initiative stammt vom „Rat der Ulema“ und einigen führenden Vertretern der christlichen Glaubensgemeinschaft, darunter Paul Bhatti, Staatssekretär für religiöse Harmonie. Für den 20. März wurde eine Konferenz anberaumt, bei der Vertreter verschiedener Parteien und politischer Bewegungen sich mit dem Thema des harmonischen Zusammenlebens befassen werden. Dabei handelt es sich um eine Initiative von Maulana Tahir Hafiz Ashrafi, der sich als Vertreter der muslimischen Religionsgemeinschaft für das der Blasphemie beschuldigte behinderte Mädchen Rimsha Masih eingesetzt hatte und deren Unschuld beteuerte.

Unterdessen stellte Staatspräsident Ali Zardari für jede von dem jüngsten Überfall betroffene Familie bereits 500.000 Rupien für den Wiederaufbau der eigenen Wohnung zur Verfügung. (PA) (Fidesdienst, 13/03/2013)